

Dresdner Nachrichten

Z. 1914. 664.



Photographie-Atelier „Phönix“, Pillnitzerstr. 46
(gegenüber der Johanneiskirche).
Aufnahmen bei jeder Witterung in garantierter bester Ausführung. 12 Visitenbilder von 6 Mk. an. 6 Cabinetbilder von 10 Mk. an. Jedes größere Format bis Lebensgröße zu billigsten Preisen. Auch Sonntage geöffnet.

35. Jahrgang.
Aussf. 48,500 Stück.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rühl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1110.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 2, part. u. I. Et.
en gros **Posamenten und Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Hand- arbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

Einige Worte über gewerblichen Staub
und die hierzu nötigen Schutzmittel, als: Staub-Respiratoren, Schutz-Masken, Schutzbrillen u. s. w. vom Verfasser
Bandagist und Orthopäde Carl Wendschuh,
nur Trompeterstrasse 18.

Nr. 60. Spiegel: Fürst Bismarck und die Parteien, Stichwahlen, Arbeiterkonferenz, Landtagsnachrichten, Wahlbewegung, Volkwirtschaft, Stadtverordnetenversammlung, Techniker im Staatsbauwesen, Verleihung des Reichsordens der Ehrenbürger, Tagesgeschichte.

Verantwortlicher Redakteur für Politisches: Dr. Emil Blarer in Dresden.
Es muß auffallen, mit welcher Ruhe allgemein die Nachricht aufgenommen worden ist, Fürst Bismarck trage sich mit Rücktrittsgedanken. Von der Erregung, die sonst bei dieser Meldung eingetreten wäre, keine Spur. Man weiß jetzt, daß Fürst Bismarck nicht bloß an den Verlust des Reichskanzlers, sondern auch an die Niederlegung seines Amtes als Reichskanzler gedacht hat. Das war noch vor den Wahlen am 20. Februar. Mittlerweile sind diese vor sich gegangen mit dem bekannnten Ergebnis. Nun widerspricht sich aber die Meldung, nach der einen Verlust hat der Kaiser keine Entschließung, ob er alle seine Ämter niederlegen und sich in's Privatleben zurückziehen oder auch unter erheblich schwierigeren Verhältnissen ausbleiben sollte, verweigert, bis die Stichwahlen beendet sein werden. Nach der anderen hat Fürst Bismarck infolge einer Unterredung mit dem Kaiser am Dienstag erklärt: er werde bleiben. Zunächst also wäre die Kaiserentscheidung erfolgt. Ob auch für lange Zeit? Die Bismarcksche Politik hatte immer als Ziel die Größe des Vaterlandes. Was er hierin erreicht, wird ihm das Vaterland und die Geschichte nie vergessen. Ueber die Wege, die zu diesem höchsten Ziele führen, müssen die Ansichten verschieden sein. Die Bismarcksche innere Politik war in der Hauptsache darauf berechnet, für das Wohlbefinden des Tages zu sorgen. Zu diesem Zwecke bediente er sich wohlweislich aller Parteien. Der Kaiser hat sich im Zeitverlaufe und im Wechsel der Dinge auf sämtlicher gestützt, jede einzelne gegen die andere ausgespielt und dann wieder fallen lassen, um es mit einer anderen Combination zu versuchen. Das hatte seine Vortheile und ging geruhsam vor. Aber allmählich stellten sich auch die Nachteile dieses Verfahrens ein. Man kann sich nur auf das stützen, was auch Widerstand zu leisten vermag. Die Regierungspolitik hatte aber die Folge, daß die Widerstandskraft der Regierungen-Parteien auch nach anderer Seite hin ermatete. Sie versiegten sich auf den Kaiser, er woe schon Alles machen. Die schädliche Wirkung dieses fehlerhaften Verfahrens wurde offenkundig, als die Gegner des Kaisers- und Gesellschaftsverbände sich zu ihrem Ansturm rüsteten. Ganz bestimmt hat der Widerstand des Kaisers gegen den von den Konservativen dringend geforderten Arbeiterlohn nicht wenig Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie geführt. Das kann unmöglich so weitergehen. Wenn Ankläger nach hält der Kaiser keine eigene Politik, insbesondere die des Arbeiterlohn, für ein weit zuverlässigeres Mittel, das Staatswohl vor wissen Vorarbeiten zu schützen, als eine Politik, unter deren Herrschaft es die Sozialdemokratie auf 1,300,000 Stimmen bringen konnte. Ist die Kaiserpolitik beendigt, so hat sich Fürst Bismarck dem Kaiser in Sachen des Arbeiterlohn gezeigt. Und das erscheint uns als ein hoher Gewinn.

reich eine Zeit lang bestand. Auch der Umstand, daß die Stichwahlen an ganz verschiedenen Tagen vorgenommen werden, hat seine Nachteile. Richtig wäre es, sie überall an einem und demselben Tage, etwa dem zehnten nach der Hauptwahl, von vornherein auszuschieben.
Trotz aller der verschiedenen Vorbehalte, welche die einzelnen zur Arbeiterkonferenz nach Berlin einreisenden Staaten an die Annahme der Beschlüsse geknüpft haben, tritt dieselbe zummalen. Es heißt: am 15. März bereits. Sie wird nicht aus Diplomat, sondern aus Sachverständigen bestehen, wird daher nicht vom auswärtigen Amte des Reichs, sondern von dem preuß. Minister für Handel und Gewerbe, Hr. v. Versbach, geleitet. Die Verhandlungsperiode wird die französische sein, wie bei allen internationalen Konferenzen üblich. Nur die Samoa-Konferenz machte eine Ausnahme, da die Vertreter Englands und Nordamerikas sich des Englischen als Muttersprache bedienten. Am schwersten ist den Vertretern die Vertheidigung der Konferenz gefallen; sie meinen, ihre Vertreter würden in Berlin eine unglückliche Rolle spielen. Warum denn? Deutschland kann es nur dankbar aufnehmen, wenn Frankreich drei tüchtige Volkswirthe zu einer Konferenz abordnet, deren Zweck die Vertheidigung gerechter Wünsche der Arbeiterklassen und damit die Verhütung gewaltthätiger Ausbrüche ist.

Frieden zu schließen. Major Bismann verschob seinen Angriff auf einen bis zum April. Er erwartet zunächst 600 Subanen und Gelande als Verlastung aus Savoyen.
Die Berliner Börse nahm heute einen matten Verlauf. Politische Gerüchte und Spekulationsläufe für eine keine inoffizielle Spekulationsfirma und Gerüchte von weiteren Ansohlungen verminderten den Markt und Verwerke gedrückt. Commanbitante und Dresdener Bank fast weichend, deutsche Anhangen wenig beachtet, österreichische niedriger, Verwerke stark angeboten und zum Teil erheblich niedriger, fremde Renten still und wenig verändert. Erst nach Schluß der Börse trat eine beruhigte Haltung ein. Im Kapitalverkehr waren Banken matt, Dresdener Bank verloren 6 1/2 Prozent, Banken schwächer, ebenso Verwerke und andere Industriepapiere. Deutsche Fonds fest, österreichische Belostriren still. Binanzmarkt 3 1/2 Prozent. Nachdeute beseligt. — Wetter: gehen Abend harter Schmelzhaft, heute heiteres Wetter. West-Nord-West-Wind.

Wit Händen zu greifen ist es, daß die Sozialdemokratie sich ansieht, die bisher theoretisch behandelte sociale Frage zu einer Machtfrage umzugestalten. Und doch hat das bedrohliche Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen um über 1/2 Million Herrn Eugen Richter nicht bekehrt, wie selbstverständlich das Wachsen eines Wahlbündnisses mit jener Partei ist. Doppelgängig befaßt er in Berlin die Sozialdemokratie aufs schärfste als eine Partei, welche die ganze, von der Menschheit in Jahrtausende langen Ringen ererbte Kultur der Vernichtung preisgeben will — und gleichzeitig verdrückt er sich außerhalb Berlins mit derselben Partei, um bei den Wahlen Vertreter satzungständer Grundzüge durchzusetzen zu lassen. Er läßt in seiner ammächtigen Weise fort, diejenigen Parteigenossen, welche sich mit Land und Zug gegen die Unterstellung sozialdemokratischer Wahlen stemmen, hochfahren abzuführen. In Breslau freilich weisen die Freisinnigen die unberächtigte Einmischung Richters unwillig ab. Die Berliner Parteileitung stehe zu ihnen nicht im Verhältnis einer vorgelegten Behörde zu Untergebenen. In Breslau hätten, so heißt es, die Sozialdemokraten das politische Ergebnis aller anderen Parteien, namentlich der Freisinnigen, in einer Weise herausgefordert, für welche kein abweichender Ausdruck stark genug sei; die Sozialdemokratie, wie sie sich gebende, lasse in einem Abgrund von Jotanismus und von geöffneter Unverhältnißlichkeit bilden, der jeden rechtlich denkenden Staatsbürger, er möge rechts oder links stehen, fuhrig mache; dem gegenüber müßten alle Anhänger der bestehenden Staatsordnung verfahren, was sie sonst trennt und sich einmütig zusammenscharen. Das Alles läßt Herrn Richter kalt; er ist bereit, so viel er kann, die Wahl von Sozialdemokraten, die, wenn sie nur die Macht hätten, mit ihm und allen anderen Parteigenossen wenigstens Forderungen machen würden, wie mit allen anderen Parteien. Nur mit Willkür will man von dem Schachergeklirr reden, wie es jetzt anlässlich der Stichwahlen im Schwange ist. Die Widersinnigkeit des Stichwahl-Systems wird, wenn dieses erst vordrückt, noch weit mehr einleuchten, als jetzt schon. Wir haben stets auf den bei dieser Wahlart gelübten Gemäßigtheit hingewiesen. Das Richtige wäre, daß, wenn sich bei der Hauptwahl keine absolute Mehrheit ergeben hat, dann die Parteien freie Entschließung für die wiederholte Wahl haben. Sie dürfen für den 2. Wahlgang nicht in der Auffassung von Kandidaten bebindet sein. Von selbst werden sich dann die sich nahestehenden Parteien über einen gemeinsamen Kandidaten verständigen und thun sie es nicht, ringen auch beim zweiten Wahlgang 3. 4 oder mehr Kandidaten mit einander, dann ist Sieger, Wer die relative Mehrheit erhält. Das verdient den Vorzug vor der von anderer Seite in Vorschlag gebrachten Stichwahl, wie solche in Frank-

Preisvertheilung und Preisvertheilung-Berichte vom 28. Februar.
Berlin. Der Kaiser präsidirte heute in einer Sitzung des Staatsrats. — Der freisinnige Abgeordnete Hr. Haenel erklärte eine scharfe Erklärung gegen Eugen Richter, wozu er die Behauptung, daß die in der freisinnigen Zeitung empfohlene Unterstüttung der Sozialdemokraten gegen die Kartellpartei von der freisinnigen Parteileitung beschlossen sei, als eine starke Läuge zur Täuschung der Wähler erklärte.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Einladung und das Programm für die Versammlungen der internationalen Konferenz über die Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken. Dasselbe lautet: I. Regelung der Arbeit in Bergwerken. 1. Soll die Beschäftigung unter Tage verboten werden, a. für Kinder mit einem bestimmten Lebensalter, b. für weibliche Personen? 2. Ist für die Bergwerke, in denen die Arbeit mit besonderen Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzuziehen? 3. Ist es im allgemeinen Interesse möglich, die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlenminen einer internationalen Regelung zu unterstellen? II. Regelung der Sonntagsarbeit. 1. Ist die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Notfälle vorbehalten, zu verbieten? 2. Welche Ausnahmen sind im Falle des Entfalles eines solchen Verbotes zu gestatten? 3. Sind diese Ausnahmen durch internationale Abkommen, durch Gesetz oder durch Verwaltungsverfahren zu bestimmen? III. Regelung der Kinderarbeit. 1. Sollen Kinder bis zu einem gewissen Lebensalter von industrieller Arbeit ausgeschlossen werden? 2. Wie ist das Lebensalter, bis zu welchem eine Ausschließung stattfinden soll, zu bestimmen? 3. Welche Beschränkungen der Arbeitszeit und der Beschäftigungsart sind für die zur industriellen Arbeit zugelassenen Kinder vorzuziehen? IV. Regelung der Arbeit junger Leute. 1. Soll die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, die das Kindesalter überschritten haben, Beschränkungen unterworfen werden? 2. Bis zu welchem Lebensalter sollen diese Beschränkungen eintreten? 3. Welche Beschränkungen sind vorzuziehen? 4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzuziehen? V. Regelung der Arbeit weiblicher Personen. 1. Soll die Arbeit weiblicher Personen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden? 2. Soll die industrielle Arbeit über weibliche Personen, Frauen und Mädchen, gewissen Beschränkungen unterworfen werden? 3. Welche Beschränkungen empfehlen sich in dem Falle? 4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzuziehen und für welche? VI. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen. 1. Sollen Bestimmungen über die Ausführung der zu vereinbarenden Vorschriften und deren Ueberwachung getroffen werden? 2. Sollen wiederholte Konferenzen von Vertretern der beteiligten Regierungen abgehalten werden? Welche Aufgaben sollen ihnen gestellt werden? — Die Einladung ist in London und Paris, Rom, Wien, Bern, Brüssel, Haag, Kopenhagen und Stockholm überreicht worden. Es heißt darin, daß der Kaiser vorschlägt, es solle eine Versammlung stattfinden von Vertretern der Regierungen, die sich dafür interessieren, das Wohl der Fabrik- und Minenarbeiter zu verbessern, damit diese Delegierten über die Fragen von internationaler Bedeutung berichten könnten, welche auf der Vorlage verzeichnet sind, das fernere eine Fragen ohne politische Tragweite sind und nur geeignet scheinen, in erster Linie der Prüfung von Sachmännern unterworfen zu werden. Die Konferenz tritt infolge der Einladung am 15. März in Berlin zusammen.

Einmalen in 1914. 664.
Die Berliner Börse nahm heute einen matten Verlauf. Politische Gerüchte und Spekulationsläufe für eine keine inoffizielle Spekulationsfirma und Gerüchte von weiteren Ansohlungen verminderten den Markt und Verwerke gedrückt. Commanbitante und Dresdener Bank fast weichend, deutsche Anhangen wenig beachtet, österreichische niedriger, Verwerke stark angeboten und zum Teil erheblich niedriger, fremde Renten still und wenig verändert. Erst nach Schluß der Börse trat eine beruhigte Haltung ein. Im Kapitalverkehr waren Banken matt, Dresdener Bank verloren 6 1/2 Prozent, Banken schwächer, ebenso Verwerke und andere Industriepapiere. Deutsche Fonds fest, österreichische Belostriren still. Binanzmarkt 3 1/2 Prozent. Nachdeute beseligt. — Wetter: gehen Abend harter Schmelzhaft, heute heiteres Wetter. West-Nord-West-Wind.

Deutsches und Sächsisches.
— Dem Garde-Mentle-Verwalter Christian Ritzke wurde das Abrechtführen verweigert.
— Antsdichter Ernst Eduard Leonhardt in Leipzig ist zum Rath bei dem Landgericht Leipzig und Landgerichtsrath Albrecht Johannes Wolfram befohlen zum Amtsdichter bei dem Amtsgericht Leipzig ernannt worden.
— Zum Direktor der 10. Bezirksschule wurde Herr Paul Schulze, Lehrer an der 1. Bürgerschule, erwählt.
— Auf Grund der Bahneinrichtung, daß während der Wadhiebenehung in Sachsen leitens der Gegner des Kartells ein System der Unarbeit, Täuschung, Wahlbeeinflussung, Verletzung der Gerechtigkeit, Abhandlung derselben, Störung der Versammlungen u. s. m. entwickelt, wie dies noch bei keiner früheren Wahl vorgekommen sei und sich der Sieg dieser Kartellgegner deshalb in keiner Weise als das Resultat einer reinen und unabhängigen Willensmeinung der Bevölkerung darstelle, hat der Vorstand des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen, Hr. v. Pfeilen, eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt: „Es erdient dringend geboten, dem demnächst veranlassenden Reichstag eine Ueberlicht der vorgenannten Verwaltungen, Sitzungen der Versammlungen, Wahlbeeinflussungen, Täuschungen u. s. m. vorzulegen. Es ergeht deshalb hiermit an alle Antheiler der einzelnen Wahlkreise des Königreichs Sachsen das dringende Eruchen, dem Untergeordneten gefälligst über alle diese Verhältnisse, soweit sie dieselben entweder als Augenzeugen oder nach dem glaubhaften Zeugnis Anderer wahrheitsgetreu zu berichten vermögen, dahingehend Mitteilung zugehen zu lassen.“
— Bis zu Beginn des Druckes sind und über die gestern stattgefundenen Stichwahlen folgende telegraphische Nachrichten zugegangen. 8. Wahlkreis (Pirna): Kandidaten: Grunbig (kons.) und Eysoldt (lib.) Kreiswahlkreise: C. 85, C. 73. Wehlen (Stadt): C. 135, C. 125. Stadt Pirna: C. 73, C. 124. Schandau: C. 47, C. 68. Rathen: C. 47, C. 27. Dohna: C. 203, C. 205. Wehlen Schandau: C. 264, C. 1974.
12. Wahlkreis (Weipziger Stadt): Gdly (natlib.) 17,465, Hebel (Soz.) 14,081. Götz gewählt.
23. Wahlkreis (Plauen) Kandidaten: Hartmann (kons.) und Kaben (Soz.) Markneukirchen Stadt: D. 600, R. 266. Brambach: D. 52, R. 28.
— Der zweiten Kammer ist gestern der zweite Bericht der Reichsanstaltsdeputation auf die Jahre 1886 und 87 zugegangen. Derselbe umfaßt 69 Seiten. Auf Grund der angelegentlich Erörterungen beantragt die Reichsanstaltsdeputation, der Regierung wegen der Verwallung der Staatsfinanzen in der erwähnten Finanzperiode Entlastung zu ertheilen.
— Die erwartete Feststellung der Einnahmen der sächsischen Staatsbahnen hat, wie im Monat Dezember v. J., so für das ganze Jahr ein sehr erfreuliches Ergebnis geliefert. Es sind im Monat Dezember insgesamt 2,240,785 Personen und 1,374,687 Tonnen Güter, 52,123 Personen und 149,137 Tonnen mehr als im Dezember 1888 befördert worden. Die Einnahmen betragen 1,802,223 Mk. im Vorjahre, 6,567 Mk. weniger als vorjahre, 4,734,442 Mk. im Güterverkehr, 347,076 Mk. mehr, 5,906,664 Mk. im Ganzen, 281,510 Mk. mehr. Die gesamten Einnahmen für das ganze Jahr betragen aus Personen- und Güterverkehr 80,332,765 Mk. und übersteigen die des Vorjahres um 5,420,146 Mk.
— Aus dem von dem Abg. v. Delschlägel erstatteten Bericht der Finanz-Deputation A. der zweiten Kammer über das Budget- und Reduktionswesen ist zu ersehen, daß der von der Stadt Dresden für den Polizeiaufwand zu leistende Beitrag von jährlich 90,000 Mk. in der Deputation wiederum Gegenstand der Erörterung gewesen ist. Anlässlich der beantragten Erneuerung Streben hatte sich die Stadt Dresden bereit erklärt, ihren Antheil an den Kosten der Polizeiverwaltung um 30,000 Mk. zu erhöhen. Die Deputation ist jedoch der Ansicht, daß auch dieser erhebliche Beitrag in keinem Verhältnis zu den Gesamtkosten, die sich jährlich auf 650,000 Mk. belaufen, steht und ist infolgedessen die Beschlußfassung über diesen Etatposten ausgesetzt in der Hoffnung, daß es der Regierung noch gelingt, eine andere befriedigendere Regelung der Kostenfrage mit der Stadt Dresden zu vereinbaren. — Bezüglich der von der Regierung angeordneten weiteren Handhabung der Sittenpolizei ist die Deputation zu dem Ueberzeugung gekommen, daß das Vorgehen der Regierung der Tendenz des 180 des Reichsstatistikbuchs über die einjährige Fuppelle entspricht und beantragt deshalb auch die Bewilligung der Mittel für die genügende Polizeiaufw. unter den angegebenen veränderten Verhältnissen (es hat sich die — Stellung von einem Stadtmeister und 6 Gemeindeführern notwendig gemacht). — Aus dem Bericht ist ferner zu ersehen, daß der vierjährige angestrebte Neubau eines Gebäudes für die königliche Polizei-Inspection demnächst feste Gestalt annehmen wird. Die Regierung hat das febrige Ge-

Dresdner Anzeiger (Gedr. Frankh, Gaugert & Co.)
P. Rintter Höflich 3 Mal frolich